



Fortbildungspflicht für Politiker?

Dr. Marion Teichmann über unnötige Bürokratie

Der Zahnarzt in eigener Praxis droht zum Auslaufmodell zu werden. Niederlassungswilliger Nachwuchs ist kaum noch in Sicht. Und das hat seine Gründe. Neben unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven – Stichwort Budgetierung – und dem Fachkräftemangel ist es vor allem die Bürokratie, die die jungen Kollegen vom Schritt in die Selbstständigkeit abschreckt. Ausgerechnet Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat nun ein Bürokratieentlastungsgesetz angekündigt. Nachdem sein GKV-Finanzstabilisierungsgesetz unser Gesundheitssystem destabilisiert hat, habe ich keine allzu großen Hoffnungen, dass er beim Bürokratieabbau mehr Erfolg haben wird. Denn die Betroffenen, also die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte, finden bei diesem Minister kein Gehör.

Ein gutes Beispiel für überflüssige Bürokratie ist die gesetzliche Fortbildungspflicht ausgerechnet für Vertragszahnärzte. Denn der zahnmedizinische Fortschritt findet bekanntlich nicht im BEMA statt. Neue Therapien und Materialien sind größtenteils Privatleistungen und werden über die GOZ abgerechnet. Aber

die Verankerung der Fortbildungspflicht im Sozialgesetzbuch hat für den Gesetzgeber durchaus Vorteile. Die Sanktionierung bei Nichterfüllung durch Honorarabzüge den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen aufs Auge zu drücken, das ist einfach und bequem.

Immerhin nutzt die KZVB jeden Spielraum, den ihr die Politik lässt. Wir unterstützen die Kollegen bei der Fortbildung, stellen ein digitales Punktekonto zur Verfügung und schreiben alle Betroffenen persönlich an, die den Nachweis nicht fristgerecht erbringen. Niemand soll wegen einer gesetzlichen Verpflichtung Geld verlieren. Der Nachweis selbst ist ein DIN-A4-Blatt, das auf kzvb.de zur Verfügung steht. Zertifikate müssen nicht beigelegt werden.

Dass die Fortbildungspflicht auch fachlich Unsinn ist, zeigt die enorm hohe Fortbildungsbereitschaft der bayerischen Zahnärzte. Fast 4000 Kolleginnen und Kollegen sowie Zahnmedizinische Fachangestellte nahmen dieses Jahr an den bayernweiten Infoveranstaltungen der KZVB teil. Auch die GOZ-Tour der BLZK und der 64. Bayerische Zahnärztetag waren gut besucht. Hinzu kommen die Angebote der

eaazf, das Fortbildungskonzept der KZVB und natürlich die Fortbildungen der Dentalindustrie. Lebenslanges Lernen – für die allermeisten Zahnärzte ist das eine Selbstverständlichkeit. Übrigens auch aus wirtschaftlichen Gründen! Denn nur von BEMA-Leistungen kann kaum eine Praxis leben. Mit Blick auf die Gesetze aus dem Hause Lauterbach, die ja allesamt vom Deutschen Bundestag beschlossen werden müssen, plädiere ich für eine Fortbildungspflicht für Politiker. Denn offensichtlich wissen die vielfach nicht, was sie so beschließen. Ein kleines Beispiel dafür: Bei einem der Parteitage, die wir dieses Jahr besuchten, fragte mich eine ehemalige Bundesministerin, ob die Zahnärzte irgendwelche Probleme hätten. Ich nannte die Budgetierung. Die Antwort der Politikerin: „Oh, ist die wiedereingeführt worden? Das hat uns Lauterbach gar nicht gesagt.“ Ich gebe zu, dass Politik komplex ist und der einzelne Abgeordnete nicht alles überblicken kann. Aber die Tatsache, dass unser Gesundheitssystem gerade an die Wand gefahren wird, sollte jedem Verantwortlichen in Berlin bekannt sein. Wir geben den Abgeordneten gerne Nachhilfe, wenn sie wissen wollen, wo es gerade am meisten brennt.



„Lebenslanges Lernen ist für die meisten Zahnärzte selbstverständlich“, meint die stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Marion Teichmann.